



ÖKUMENISCHEN FORUM ACT BRASILIEN – FE ACT BRASIL

Stellungnahme zur politischen Situation in Brasilien

Wir möchten mit den Partnerorganisationen der ökumenischen Bewegung Brasiliens Perspektiven der politischen Szene unseres Landes teilen.

Wir hoffen auf eine gemeinsame und verpflichtende Aktion, in der wir Alternativen für die traurige und delikate Situation in der wir zur Zeit leben finden können, die mögliche Amtsenthebung der Präsidentin.

Der Amtsenthebungsprozess der gewählten Präsidentin kann nicht analysiert werden ohne spezifische Merkmale unseres Kontextes in Erwägung zu ziehen.

Seit die ersten Demonstrationen 2013 stattfanden, befindet sich die Demokratie in einem konstanten Verunsicherungsprozess. Am Anfang gingen diese Kundgebungen von studentischen Organisationen aus und forderten die kostenlose Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel. Aber es blieb nicht dabei und die Kundgebungen veränderten sich nach und nach. Neue Integrierten kamen dazu und die Demonstrationen bekamen ein befremdliches Aussehen und veränderten ihre Ausdrucksweise. Unter anderem nahm die Feindseligkeit gegen politische Parteien und organisierte Sozialbewegungen zu. Nicht selten passierte es, dass Leute angegriffen wurden, die ein rotes Kleidungsstück trugen, obwohl dies nur Ausdruck eines persönlichen Stils war und nicht, dass sie eine bestimmte Partei oder politische Orientierung bevorzugten. Wahrscheinlich haben wir diese Kundgebungen nicht richtig erkannt. Jedoch kann man die heutige Situation ohne die Ereignisse von 2013 nicht verstehen.

Die demokratischen Wahlen von 2014 waren vom Hass und der politischen Polarisierung durchzogen und das hält bis heute an.

Zur Zeit haben wir den konservativsten Kongress seit 1964. Hinter den Gesichtern im Kongress verbirgt sich Hautfarbe, Geschlecht, Religion und soziale Klasse: Männer, weiss, Bourgeois und christlich. Es gehört Mut dazu, diese religiösen Menschen und religiösen Organisationen und ihre verschiedenen Rollen im öffentlichen Leben tiefgreifend zu analysieren.

Die ökumenische Bewegung in Lateinamerika hat im Laufe ihrer Geschichte als Schwerpunkt und Auftrag ihrer Arbeit die Suche nach Gerechtigkeit durch Glauben und Einigkeit herausgestellt.

In diesem verwirrten Umfeld tauchten zunehmend Lynchjustiz und das Bedürfnis Gerechtigkeit durch die eigenen Hände zu schaffen auf. So wurde im Februar 2014 ein

schwarzer Jugendlicher im Zentrum von Rio de Janeiro angegriffen und nackt angekettet. Ebenso verstörend und beunruhigend sind die Fälle religiöser Intoleranz in unserem Land. Im besonderen beobachten wir die Angriffe auf afrikanische und indigene Traditionen, aber auch Muslime, Roma und Sintis stehen auf dem Index der religiösen Intoleranz.

Die religiöse Intoleranz ist rassistisch und machistisch. Sie hat eine starke wirtschaftliche Komponente und negiert die gerechte Verteilung der Allgemeingüter. Die Ausrottung der religiösen Traditionen z. B. der indigenen Völker, zerstört ihr Weltbild und den Sinn, den sie der Welt beimessen. Ihre Götter und Göttinnen werden getötet, um sich dadurch ihr Land anzueignen. In den gegenwärtigen Aktionsmustern unserer Volksvertreter werden Gesetze mit biblischen Aussagen legitimiert und christliche Fundamente dazu benutzt, um bestimmte Kirchen zu begünstigen und anderen religiösen Strömungen ihre Rechtmässigkeit zu verwehren.

In diesem Kontext verliert auch die feministische Bewegung ihre Stärke und ihre Forderungen. Ihr Kampf um Rechte wird unsichtbar. Die schrittweisen Angriffe auf Frauenrechte, der Genozid an schwarzen Jugendlichen, die Angst vor LSBTTIQ und so viele andere Gewalttaten sind Ausdruck dafür, dass der zivilisatorische Prozess ausgehöhlt wird.

Die in Frage gestellte Regierung der Präsidentin hat ihre Grenzen. Das wird auch nicht verneint. Einige Kritikpunkte, wie Ausbau der Staudämme, Schwächen in der indigenen Politik und der Landreform, wenige Investitionen in erneuerbare Energieformen, Nichtdurchführung der Demokratisierung der Medien u. a. Die Verwirklichung des nationalen Menschenrechtsplanes wurde durch die Angriffe konservativer, fundamentalistischer Gruppen verhindert und der ohnehin schon zaghafte Wagemut der Regierung zu Reformen wurde kontinuierlich geschwächt.

Aber trotz allem war es eine demokratisch gewählte Regierung. Nicht eine ihrer Schwächen oder Fehler rechtfertigen eine Amtsenthebung. Der eigentliche Zweck, die wirklichen Absichten sind die Rückführung der sozialen Errungenschaften der letzten 30 Jahre. Errungenschaften die durch die Verfassung und die Sozialpolitik verwirklicht wurden.

Der Abbruch der demokratischen Ordnung wird uns sehr schnell in die neoliberale Richtung führen. Es ist allgemein bekannt, dass erst kürzlich europäische Länder in Folge einer neoliberalen Politik in den Abgrund gestürzt wurden.

Die Amtsenthebung der Präsidentin der Republik symbolisiert einen öffentlichen Lynchmord an einer Frau und den Abbruch einer Sozialpolitik, die die Aufnahme der gefährdeten Bevölkerungsgruppen dieser Gesellschaft garantierte, wenn auch nur ansatzweise. In den letzten 13 Jahren nahmen die Einkünfte dieser Gruppen um tatsächliche 129% zu, ausschliesslich Inflation. Die extreme Armut wurde um

signifikante 35,2% auf 21,4% zurückgeführt. Dazu kommt noch die tatsächliche Aufwertung des Mindestgehaltes um 53%.

Was kommt auf uns zu?

Vizepräsident Michael Temer ist der Herold des Regierungsprogramms „Brücke in die Zukunft“. Inhalt und Ziel des Programms sind der Aufbau und die Schaffung von Bedingungen für ein gestütztes Wirtschaftswachstum. Das bedeutet eine staatliche Entwicklungspolitik, deren Wunsch vor allem die Förderung der privaten Initiative ist. Dies soll durch die Überweisung von Guthaben, umfassenden Zugeständnissen in Infrastruktur- und Logistikbereichen und die teilweise Privatisierung staatlicher Dienstleistungen geschehen. Das Programm beschreibt eine rückhaltlose Privatisierung staatlicher Betriebe. Die schwer erkämpften Arbeitsrechte sollen beschnitten werden und der Abbau der Umweltauflagen bei Grossprojekten sind im Programm enthalten.

Grosse Sorgen bereiten die schon veröffentlichten Ankündigungen der Übergangsregierung Michael Temer. Vor allem die Einschnitte in Menschenrechtsfragen. Das Ministerium für Frauen, Rassengleichheit, Jugend und Menschenrechte wurde bereits abgeschafft. Die Zusammensetzung der Übergangsregierung zeigt klar die Ausgrenzung von Frauen, da alle bisher berufenen Minister Männer und weiss sind. Einige Namen fallen auf, besonders der Minister für Justiz und Bürgerrechte, der ehemalige Sicherheitssekretär von São Paulo, Alexandre Moraes, ein Rechtsanwalt und Verteidiger des organisierten Verbrechens.

Es muss auch unterstrichen werden, dass ein grosser Teil der berufenen Minister unter dringendem Korruptionsverdacht stehen. Selbst Michael Temer gehört zu dem Kreis der Verdächtigen. Die Verbindung zwischen Religion und Politik verdichtet sich. Michael Temer pflegt enge Verbindungen zu religiösen Führungskräften, die auf ihrer Tagesordnung Themen wie Familie, Genderpolitik, sexuelle Orientierung, Waffenverbot, Herabsetzung des Alters für jugendliche Straftäter u. a. widersprüchlich diskutieren.

Dieser Prozess führt uns das wirkliche Brasilien vor Auge. Ein Land, das nie seine Trennung in Klassen, Rassen und Geschlecht überwunden hat. Auch in unseren kirchlichen Räumen ist diese Trennung immer noch vorhanden. Nicht selten sind es konservative Gruppierungen die Hass in die Menschenrechtsdiskussion einbringen und ihren Einfluss in den Institutionen ausweiten. Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, die sich für Menschenrechte einsetzen, werden wie in vergangenen Zeiten an den Rand gedrängt. Unsere Theologie ist zersplittert. Sie konzentriert sich auf die akademische Textproduktion und hat sich weit vom Alltag der Menschen entfernt. Dadurch läuft sie Gefahr sich mit einem ideologischem Umfeld zu vereinen, das den Kampf um soziale Gerechtigkeit und die VerteidigerInnen dieser Rechte kriminalisiert.



Aber wir sind weiterhin Sauerteig und die Hoffnung wird weiter inmitten von Hoffnungslosigkeit verkündigt. In diesem sensiblen Kontext müssen wir Widerstand leisten. Wir brauchen Mut für die Herausforderungen einer gelebten Ökumene, die den Kampf um Gerechtigkeit immer wieder bestätigt. Deshalb ist es unabdingbar, dass wir in unseren Netzwerken, Foren, nationalen und internationalen Zusammenschlüssen weiterarbeiten. Denn nur so können wir unsere Absichten erweitern, verstärken und die Bestätigung der Menschenrechte verteidigen. Der Kampf um Menschenrechte ist würdig. Er bestätigt die Vielfalt und unterscheidet sich vom Kampf um Privilegien und Macht.

In unserer Zeit gibt es Exil, Zusammenarbeit, Widerstand und Glaube!

Unsere Träume sind der Boden unter unseren Füßen. Und unsere Hände stärken sich durch die Prophezeiung.

Unterzeichnet vom ökumenischen Forum FEACT

Pastora Cibele Kuss – Fundação Luterana de Diaconia

Edoarda Scherer – Rede Ecológica da Juventude

Rafael Soares – KOINONIA

Pastora Romi Márcia Bencke – Conselho Nacional de Igrejas Cristãs do Brasil – CONIC

Reverenda Sônia Gomes Mota – Coordenadoria Ecológica de Serviço

Ökumenischen Forum ACT Brasilien:

Conselho Nacional de Igrejas Cristãs do Brasil – CONIC

Conselho Latino-Americano de Igrejas – CLAI Brasil

Coordenadoria Ecológica de Serviço – CESE

Fundação Luterana de Diaconia – FLD

Koinonia – Presença Ecológica e Serviço

Comissão Ecológica dos Direitos da Terra – CEDITER

Centro Ecológico de Serviço à Evangelização, Capacitação e Assessoria – CECA

Centro Ecológico de Serviços à Evangelização e Educação Popular – CESEEP



Centro Ecumênico de Estudos Bíblicos – CEBI

Diaconia – Organização Social de Serviço

Universidade Popular – UNIPOP

Comissão Ecumênica de Combate ao Racismo – CENACORA

Dia Mundial de Oração – DMO

Associação de Seminários Teológicos – ASTE

Programa de Formação e Educação Comunitária – PROFEC

Rede Ecumênica da Juventude – REJU

Plataforma de Ação e Diálogo – PAD

Brasilien, den 17. Mai 2016.